

3. August
82

SPD-MdB Dr. Steger veranlaßte Prüfung

Bonn: „Kein Mißbrauch öffentlicher Gelder“

Forschungsmillionen nur für Rückgewinnung

Beim Bau des Rohstoff-Rückgewinnungszentrums sind nach Angaben des Bundesforschungsministeriums keine Steuergelder mißbräuchlich verwendet worden. Der ehemalige Hertener Bundestagsabgeordnete Dr. Ulrich Steger hatte auf Steuerverschwendung hinzielende Vorwürfe der Bürgerinitiative Halde durch das Bonner Ministerium überprüfen lassen, das immerhin 37 Millionen Mark aus Bundesförderungsmitteln zum Bau des 320-Millionen-Projektes beisteuerte.

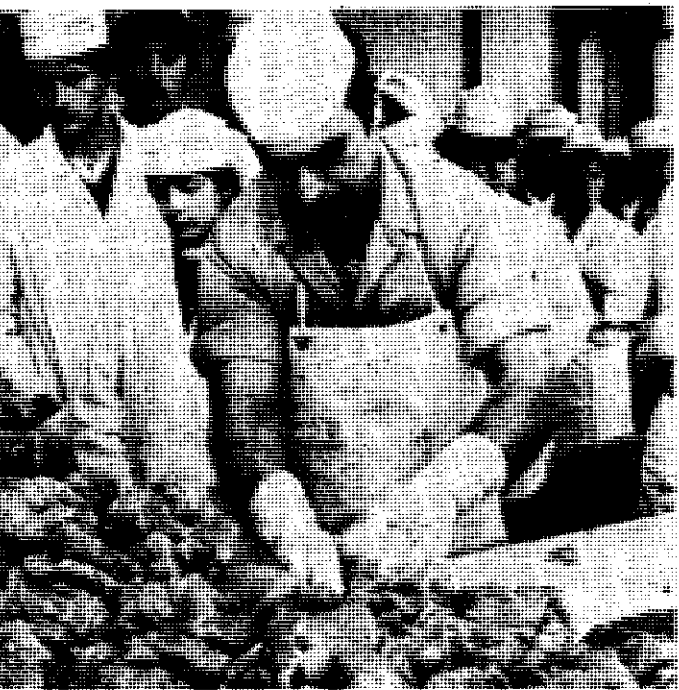
Die Bürgerinitiative war der Ansicht gewesen, daß das RZR in erster Linie eine Müllverbrennungsanlage sei und die Rohstoff-Rückgewinnung zu kurz komme. Dr. Steger hatte auf diesen Vorwurf zunächst bestürzt reagiert und in seiner Eigenschaft als Vorsitzender

der Arbeitsgruppe Forschung und Technologie der SPD-Fraktion beim Bundesforschungsministerium angefragt.

Die Antwort ließ lange auf sich warten - die Anfrage verlor sich zunächst im Dickicht der Bürokratie. Nun teilte Er-

win Stahl, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesforschungsministerium mit: „Das Entsorgungszentrum in Hertener, das sich zur Zeit im Bau befindet, soll im Verbund mit einer Industrie- und Sperrmüllverbrennungsanlage betrieben werden. Diese Anlagenteile sind zwischenzeitlich weitgehend fertiggestellt. Diese Verbrennungseinheiten im RZR werden von hier (BMFT Red.) als konventionelle Technik angesehen und wurden deshalb von vornherein nicht gefördert. Das Bundesforschungsministerium beteiligte sich lediglich am Bau und an der Erprobung der Müllsortiertechnik einschließlich einer kleineren Versuchsanlage.“

37 Millionen Mark - das sind 22 Prozent des RZR-Teils, der in Bonn als förderungswürdig angesehen wird - gab das Ministerium dazu. Dr. Ulrich Steger glaubt, „daß damit dem Vorwurf der Verschwendung von Steuergeldern aus dem Forschungsministerium der Boden entzogen worden ist.“ Der SPD-Bundestagsabgeordnete will „sorgfältig darauf achten, daß nach Montage der Müllsortieranlage auch ein Versuchsbetrieb gefahren wird, der den forschungspolitischen Zielen des Bundes Rechnung trägt.“



den am ersten Arbeitstag drei Stunden lang mit ihrem neuen Bewaz-Bild: Birgit Schweizer

Lösung nur auf dem Papier?

Dorstener Müllwagen häufig auf Abwegen

Zum RZR quer durch Westerholt und Resse

HERTEN. (sp) Rund 300 Müllfahrzeuge werden im bisher genehmigten Endausbau des Rohstoffrückgewinnungs-Zentrum Ruhr (RZR) im Hertener Süden täglich ansteuern. Damit dies nicht zu einer zusätzlichen Belastung für die Bevölkerung wird, hat die Bezirksregierung Münster in ihrem Planfeststellungsbeschluß vom 21. Dezember 1978 klare Fahrtrouten festgelegt. Aus fast allen Richtungen gilt dabei das Prinzip: Auf den Autobahnen Emscherschnellweg, Recklinghausen-Wuppertal und Oberhausen-Hannover bis zu den Hertener Abfahrten - grundsätzlich keine Durchfahrt durch Hertener. Die Fahrer scheint dies wenig zu stören. Recklinghäuser steuern über die Herner und Gelsenkirchener Straße und die Dorstener sind besonders „frech“: Seit Wochen kann man täglich Müllfahrzeuge beobachten, die quer durch Westerholt und Resse das RZR ansteuern.

Nach der Vorschrift müßten sie zwischen Dorsten und Marl bereits auf die neue A 41 abbiegen, um dann nach Wechsel auf die Autobahn Hannover in Höhe des Ewaldsees auf die Gelsenkirchener Straße zu stoßen. „Die Fahrer haben von uns klare Anweisungen bekommen, daß sie sich an diese Route zu halten haben“, betonte Dorstens zuständiger Dezernent Willamowski, als uns vor sechs Wochen erstmals Müllfahrzeuge der Stadt Dorsten auf der Westerholter Bahnhofstraße auffielen. „Die Hertener Bürger sind schließlich durch die Bergetransporte genug belastet.“ Er werde sich sofort um die Angelegenheit kümmern. „Wenn nötig werden wir Kontrollen durchführen.“

Da im Gespräch auch anklang, es könne sich vielleicht aber um Fahrzeuge handeln, die zur Depo-

nie Emscherbruch führen, folgten wir gestern dem Müllwagen mit dem Kennzeichen RE-2623, der uns schon häufiger aufgefallen ist. Und wieder einmal (wie immer?) fuhr der Wagen durch Westerholt und Resse, um schließlich über die Ewaldstraße das RZR anzusteuern, von wo aus ihm ein Kollege (RE-2204) bereits entgegenkam.

Zuständig für die Einhaltung der vorgeschriebenen Fahrtroute ist der Regierungspräsident. Doch der sitzt in Münster weit vom Schuß. Wegen der Recklinghäuser „Irrläufer“ hat ihn die Verwaltung bereits angeschrieben. Die Frage ist, was das bewirkt. Es hat den Anschein, als käme auf die Hertener Bürger ein neues Ärgernis zu, das lediglich auf dem Papier bestens geregelt ist.

Verwaltung will für Gladbeck keine Ausnahme bei Müllentsorgung

26 Juni 82



Der Kreis peilt auf lange Sicht eine Revierlösung an

(stein) Das von allen akzeptierte Müllentsorgungskonzept für das Jahr 2000 wurde (natürlich) auch beim gestrigen x-ten Anlauf im Kreisbauausschuß nicht gefunden. Einigkeit über die preisliche Einheitlichkeit aller zehn kreisangehörigen Städte soll später im Kreisausschuß und im Kreistag hergestellt werden. Der Ausschuß enthielt sich einer abschließenden Stellungnahme zu einer Verwaltungsvorlage, nach der ein Antrag der Stadt Gladbeck auf Übernahme der Beseitigungspflicht abgelehnt werden sollte. Gegen eine Sonderregelung für die nach Karnap entsorgende Stadt Glad-

beck scheint die Mehrheit zu sein. Solidarität und Kreiseinheitlichkeit gingen vor, war die vorherrschende Meinung, der sich auch die Gladbecker Vertreter nicht völlig verschlossen.

Zum Entsorgungskonzept des Kreises für die kommenden Jahre und Jahrzehnte hielt Oberkreisdirektor Pezely noch einmal einen längeren Vortrag, der in seinem Grundsatz - wies schon zuvor - von niemandem angezweifelt wurde. Die Einsicht, daß bei fehlendem und kostengünstigerem Deponieraum die Müllmenge mit aufwendiger Technik und teurer verkleinert werden muß, hat in den Hirnen

der Politiker Platz gegriffen. Deshalb wird die Notwendigkeit des Hertener Rohstoffrückgewinnungszentrums auch kaum angezweifelt.

Strittig sind aber nach wie vor der zu erwartende Preis für die Abfallbeseitigung und die Konzeption des RZR an sich. Zu Punkt 1 äußerte auch der OKD Kritik am Kommunalverband, dem der Kreis die praktische Seite der Müllentsorgung übertrug. „Mit der Aussage, man werde am Preis von 45 DM je Tonne festhalten, hat man uns Sand in die Augen gestreut“, so der OKD. Aber man habe doch bei realisti-

scher Betrachtung schon lange erkennen können, daß dieser Preis nicht haltbar sein werde.

Schließlich seien die Investitionskosten von 171 Millionen DM inzwischen auf 320 Millionen DM geklettert. „Das würde man uns auch vor Gericht vorhalten, würden wir versuchen, aus dem Vertrag wieder herauszukommen“, so Pezely.

Sichere Prognosen zur Preisentwicklung gebe es nicht, meinte der Oberkreisdirektor. Im Raum stehen aber 156 DM pro Tonne bis zum Jahr 1998. So weit griff der Oer-Erkenschwicker

Abgeordnete Karl-Heinz Rusche nicht vor. Schon in den nächsten Jahren werde sich der Preis für eine 110-Liter-Mülltonne verdoppeln, und da müsse man dem Bürger schon klar machen, warum das denn so sein müsse. Langfristig sieht nicht nur der Oberkreisdirektor Möglichkeiten zu einem erträglichen Preis in einer möglichst großen Auslastung der Kapazität des RZR und in einem einheitlichen Preis der Müllentsorgung für das ganze Ruhrgebiet.

Auf Fragen zum Konzept des RZR mußte auch Pezely zugeben, mit dem Rohstoff-Rückge-

winnen sei es nicht mehr weit her und auch der Teiler Anlage zur Gewinnung des Brennstoffes ECO-Brikett laufe noch nicht.

Man habe ihm aber versichert, daß die Schwierigkeiten überwunden würden. Das soll ebenso auch für die Umweltverträglichkeit des Brennstoffes ECO-Brikett gelten wie für den Absatz.

Wobei Dorstens Bürgermeister Hans Lampen nicht versteht, warum man in Hertenern erst einen Brennstoff gewinnen muß, der dann transportiert und an anderer Stelle verbrannt wird.

Von weißen Stellen und Schwarzmalerei

Von RAINER HOLSTEIN

„Wenn der Oberkreisdirektor in dieser Funktion mal keine Stelle mehr hat, dann kann er sich als Bundestrainer bewerben. Schließlich hat er für jedes verlorene Spiel eine Entschuldigung parat“. Harald Rohmann, Hertener Kreistagsabgeordneter, sprach's gestern im Bauausschuß mit Doppelblick auf die Fußballweltmeisterschaft und die Situation rund um das Hertener Rohstoff-Rückgewinnungszentrum. Für den Hertener – und nicht nur für ihn – ist das Match tatsächlich verloren. Nicht zuletzt wegen mangelnder Schiedsrichterleistungen, die in diesem Fall u.a. der Kreis hätte erbringen sollen.

Was da jetzt in Hertens steht,

ist für Rohmann nicht mehr und nicht weniger als eine Müllverbrennungsanlage, und die hätte man weiß Gott billiger haben können. Vom „Gerede über laufende technische Schwierigkeiten“ will Rohmann deshalb nichts hören. Vom ursprünglichen Konzept des RZR ist tatsächlich herzlich wenig übrig geblieben; den Namen „Rohstoff-Rückgewinnungszentrum“ hat der Riesenbau nicht mehr verdient.

Was eines Tages, so die technischen Schwierigkeiten überwunden werden sollten, produziert wird, hat sich auf ECO-Brikett reduziert, und einen solchen Brikett hat der Castrop-Rauxeler Abgeordnete Hans Ettrich im tränenden Auge. Für

ihn werden in Hertens „Giftpakete“ gepreßt, deren industriemäßige Verbrennung nach Auffassung des wortgewandten Streiters aus der Europastadt irgendwann diverse Lynchmorde nach sich ziehen wird. „Die Leute werden uns aufhängen“, mault er kräftig schwarz.

Der Diplomsportlehrer (als solcher könne er übrigens auch ohne Schwierigkeiten Bundestrainer werden), Jurist und Oberkreisdirektor Rudolf Pezely hält solche Äußerungen für nicht qualifiziert und wenig geeignet, bei den Bürgern Verständnis für unvermeidliche Preissteigerungen in der Müllentsorgung zu wecken. Im groben Kurs folgen ihm alle, die Feinabstimmung läßt zu wünschen übrig. Die

grundsätzlichen Überlegungen haben nach wie vor Gültigkeit, trotz aller widrigen Begleitumstände, die heutzutage den Verantwortlichen das Leben schwer machen.

Zu diesen Umständen gehörte auch die mangelhafte Informationspolitik des Kommunalverbandes, die immer wieder den Verhandlungspartnern sauer aufstieß.

Einiges scheint sich da denn doch geändert zu haben, denn immerhin tauchen in einer Vorlage des Kreises Passagen auf, die auf eine Abstimmung mit den Verantwortlichen der neuen Abfallbeseitigungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) schließen lassen. Ob das – ab-

gesehen von der Tatsache an sich – alles so in Ordnung ist, ist eine andere Frage. Was soll man davon halten, wenn AGR-



Geschäftsführer Dr. Sondermann dem Kreisdirektor rät, doch lieber die Schilderung der Ist-Situation und der Soll-Konzeption jeweils getrennt und

ohne Kostenansätze vorzunehmen? Erst einmal fruchtbaren Boden schaffen; die Kosten regeln sich dann schon von allein? Vielleicht hat Oberkreisdirektor Pezely doch ein wenig Angst vor den von Ettrich angedeuteten Konsequenzen. Zufall oder nicht, ein Oberkreisdirektor Pezely taucht in den neuen Telefonbüchern unter dem Stichwort „Kreisverwaltung“ nicht mehr auf. Kreisdirektor Kenneweg ist nach wie vor vertreten, Landrat Marmulla und Pressereferent Hennemann prangen immer noch in schwarzen Lettern auf den dazugehörigen weißen Stellen der Telefonbücher. Nur der oberste Verwaltungsmann ist (in diesem Fall) in der Versenkung verschwunden.

Dr. Sondermann

Müllmenge zwingt nicht automatisch zu RZR-Erweiterung

„Wir entscheiden nicht im Hau-Ruck-Verfahren“

HERTEN. (sp) Die Tatsache, daß der für das Rohstoff-Rückgewinnungszentrum Ruhr (RZR) festgelegten Durchsatzmenge von 395 000 Jahrestonnen eine tatsächlich anfallende Müllmenge von rund 800 000 Jahrestonnen gegenübersteht, zwingt nach Ansicht von Dr. Wolf-Dieter Sondermann nicht automatisch dazu, das RZR zu erweitern. Der Geschäftsführer der Abfallbeseitigungs-Gesellschaft Ruhr (AGR) räumte gestern in einem Gespräch mit unserer Zeitung jedoch ein, „daß eine Erweiterung des RZR natürlich zahlreiche Vorteile besonders bezüglich der Kosten bietet“. Die SPD hatte bekanntlich auf ihrem letzten Parteitag in Herten eine Erweiterung der Großanlage im Süden unserer Stadt strikt abgelehnt. Dr. Sondermann: „Aber alles, was bisher zum Thema Erweiterung gesagt worden ist, basiert auf Mutmaßungen und stammt nicht von uns.“

Bereits im März letzten Jahres hieß es allerdings in einem Papier des Kommunalverbandes Ruhrgebiet eindeutig: „Die sich für den Verband ergebende Verpflichtung sowie die eingegangenen vertraglichen Bindungen machen eine Erweiterung des RZR nach Inbetriebnahme notwendig.“ Dr. Sondermann gestern: „Natürlich ist die Behandlung dieses Themas notwendig und die Beratung und Entscheidung, was mit dem Müll wird, muß in den Jahren 82/83 fallen.“ Zuvor müßten aber aktuelle Prognosen für die Entsorgung im Einzugsbereich des RZR vorliegen und Gespräche mit der Bezirksregierung, dem Kreis und der Stadt Herten geführt werden. „Dabei muß abgewägt werden, wie entsorgt werden kann. Neben einer RZR-Erweiterung gibt es sicher noch andere Möglichkeiten wie z.B. den Bau einer Anlage an anderer Stelle.“ Wenn man allerdings zu dem Schluß komme, eine Erweiterung sei möglich und sinnvoll, werde das übliche gesetzliche Verfahren durchgeführt. „Wir entscheiden nicht im Hau-Ruck-Verfahren.“

Während eine Erweiterung im Gespräch ist, läuft im RZR immer noch der Probetrieb der Haus- und Sperrmüllstraße. Seit Jahresbeginn wurde 76 Prozent der Müllmengen aus Recklinghausen, Herten und Dorsten verarbeitet, der Rest wanderte auf die Deponie Emscherbruch. Der Probetrieb der Industriemüllstraße ist noch gar nicht angelaufen. In Halle 20, in der demnächst aus einem Großteil des Mülls ein Brennstoff produziert werden soll, werden im Augenblick die Maschinen installiert.

Der Name „Rohstoffrückgewinnungszentrum“ - so erklärte Dr. Sondermann abschließend zum Namensstreit - sei sicherlich mißverständlich, da im Moment aufgrund der Marktlage keine Aussortierung erfolge. Sie sei aber grundsätzlich möglich. „Dennoch ist das RZR auch keine simple Müllverbrennungsanlage alten Stils, und unsere Absicht, Brennstoff aus Müll herzustellen, ist in dieser Form absolut neu.“ Wenn man so wolle, sei das RZR eine Wertstoffgewinnungsanlage.

RZR-Belastungsobergrenze erreicht

Anfang Juli ein Besuch der Anlage geplant

HERTEN. Über drei Stunden beriet der SPD-Vorstand aus Disteln aktuelle politische Themen. Vorsitzender H. Rohmann erläuterte Fakten und Zahlen zum RZR, die in dieser Woche auf der Tagesordnung des Kreis-Bauausschusses stehen. Der Vorstand bekräftigte nochmals den Stadtverbandsbeschuß, nach dem auch für die Distelner die genehmigten Belastungswerte des RZR eine endgültige Obergrenze darstellen, d. h. auch Obergrenze mit 455 000 t Müll pro Jahr.

Der SPD-Vorstand erinnert nochmals an die geforderten zusätzlichen Immissionsmeßstellen in Herten. Er begrüßt ausdrücklich, daß beim KVR Versuche laufen, um Kunststoffe aus dem Müll auszusortieren, damit die chlorhaltigen Emissionen gemindert werden.

Die SPD-Mitglieder aus Disteln und Interessenten wollen Anfang Juli das RZR besuchen, um sich sachkundiger zu machen.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion um die Jugendarbeit in Herten ein. Die SPD Disteln wird im Rat einen Antrag einbringen und beantragen, daß das Jugendzentrum Nord am Samstag und Sonntag zu öffnen ist. Die Öffnungszeiten sollen entsprechend umorganisiert werden. Es geht nicht an, daß in der Zeit, wo Jugendliche Wochenende und Freizeit haben, das Jugendzentrum geschlossen ist.

Drei Veranstaltungen für den

Herbst wird die SPD Disteln vorbereiten: Ein Diskussionsforum zum Thema „Wohnen/Wohnungsbaupolitik/Mieten“ mit SPD-Stadtverband, eine Bildungsveranstaltung für Mitglieder: „Arbeit in der Partei“ und das traditionelle Herbstfest am 6. November in der Gesamtschule.

Am 8. Juli um 20 Uhr trifft sich der SPD-Vorstand zu seiner nächsten Sitzung im Distelner Hof.

Sechs Monate nach dem Kraftakt um den Einheitspreis:

Der Kreis peilt Müll-Lösung für das Jahr 2000 an

(ezn) Genau ein halbes Jahr nach der heftigen Debatte um den kreiseinheitlichen Tarif für die Abfallbeseitigung kündigt sich eine neue „Schlacht“ um die Hinterlassenschaften der Wohlstandsgesellschaft an. Der Kreis-Bauausschuß wird am Freitag in die Diskussion um ein neues Preisgefüge und Zukunftsperspektiven für die Verbrennung,

Lagerung und Verwertung des Mülls einsteigen.

Mit ihrer frühen Vorlage will die Kreisverwaltung dem im letzten Winter erhobenen Vorwurf entgehen, sie zwinge den Kreistag zu übereilten Preisentscheidungen. Ziel des Verfahrens ist nicht nur, dem am 31. Dezember auslaufenden Tarif einen neuen Einheitspreis für alle

zehn Kreis-Städte folgen zu lassen. Wie Oberkreisdirektor Pezely im waz-Gespräch erläuterte, soll auch eine langfristige Konzeption zur Beseitigung des Müllbergs erstellt werden.

Zentrale Rolle dabei spielt das RZR Herten, das nicht nur die „volumenverringende und umweltfreundliche Abfallbeseitigung“ (Pezely) garantiert,

sondern auch den Preisrahmen vorgibt. Dem Kreis geht es in der kommenden Beratungsrunde aber nicht allein um die für alle Bürger des Kreises kostengünstigste Lösung.

Das geltende Konzept mit einer Kombination von Verbrennung im RZR und Lagerung auf Deponien (Emscherbruch, Lö-

ringhof, Pöppinghausen) scheint nach derzeitigem Erkenntnis die preiswerteste Möglichkeit zu sein. Spätestens Mitte der 90er Jahre wäre der Kreis dann allerdings mit seinem Platzvorrat für Abfall am Ende.

Möglich ist auch die Beseitigung aller Abfälle aus dem Kreis im RZR. Das wäre teurer, hielte aber Deponieflächen für das Jahr

2000 und darüber hinaus frei. Und bis dahin sollte, da gibt sich Rudolf Pezely sicher, das Problem im gesamten Revier erkannt sein: Ohne sorgsame Sortierung des Mülls in wieder verwendbare, verbrennbare, lagerfähige Stoffe und ein Entsorgungskonzept auch über Revier- und Landesgrenzen hinaus geht dann nichts mehr.

CDU-Abgeordnete im RZR

„Liebe Freunde“ streiten sich

Kontroverse um Information

(stein) Die Abnahme der anfallenden Mengen des Brennstoffes Eco-Brikett, der aus dem Müll des Kreises im Rohstoff-Rückgewinnungszentrum Herten gewonnen werden soll, ist nach Aussage des Geschäftsführers Peter van Wickeren gesichert. Es gebe zwei große Interessenten, sagte er gestern beim Besuch der westfälischen CDU-Abgeordneten des Reviers; der zu erzielende Preis liege bei 50 DM je Tonne.

„Ich kann wohl sagen: Liebe Freunde“, diese Wendung benutzten sowohl van Wickeren als auch Kirstein. Das hinderte sie aber nicht daran, ein kleines Streitgespräch über die Informationspolitik des Kommunalverbandes anzufangen. Über den gedanklichen Ansatz des RZR gebe es keine Differenzen, meinte Kirstein, aber bei allen positiven Aspekten und Eindrücken könnten kritische Anmerkungen nicht unterbleiben.

Für Kirstein steht vor allem noch im Raum, ab wann denn die garantierte Zweijahresfrist mit einem Preis von 45 DM je entsorgter Tonne Müll nun gerechnet werde (danach erfolgt dann eine Preiserhöhung auf voraussichtlich 66 DM je Tonne). Für Kirstein steht fest, daß die Frist mit Beginn der vollen Auslastung des RZR beginnt; van Wickeren geht davon aus, daß die Frist schon zum Anfang dieses Jahres begonnen hat.



GRUPPENBILD MIT RZR: Bei einem Besuch im Herten-Rohstoff-Rückgewinnungszentrum informierten sich die CDU-Landtagsabgeordneten des westfälischen Industriebezirks über Vorteile und Probleme der Müllverbrennungsanlage. Sprecher der Gruppe ist der Herten-Abgeordnete Herbert Schimbrunn (l. v. r.).

waz-Bild

Herbe Kritik steckte die Verwaltung in der Ratssitzung ein. Insbesondere Baudezernent Horst Günther mußte sich aus den Reihen aller Fraktionen sagen lassen, er sei in der Wahrnehmung der Bauaufsicht bei der Erweiterung des RZR seiner Pflicht nicht nachgekommen. Die waz berichtete mehrfach über die Bauerweiterung zu der vom Regierungspräsidenten kein neues Planfeststellungsverfahren bis zum heutigen Tag vorgelegt wurde. Auf die Bewertung seines Fraktions-Kollegen Rohmann, antwortete der in Sachen Baufragen versierte Architekt Siegfried Hoyer (SPD), „wenn hier erklärt wird, wir machten zuviel Zirkus um das RZR, so meine ich, daß ich keinen politischen Zirkus hier veranstalte.“

Hoyer vertrat weiter die Ansicht, wenn der erste Planfeststellungsbeschluß unter Mitwirkung des Parlamentes abgesegnet werde, so sei es doch selbstverständlich, daß der Rat auch an weiteren Planänderungen beteiligt werde. Er beantragte, was er wenig später wieder zurücknahm, den RP zu verklagen.

Eine Klage wollten auch die CDU- und die FDP-Fraktion. Stadtdirektor Adamaschek erläuterte aus seiner Sicht, daß die Erfolgsaussichten einer Klage gegen den RP „gleich null“ wären. Erstens sei das Verfahren zu einer solchen Maßnahme „förmlich“ nicht eingehalten worden und zweitens könne die Stadt nicht gegen sich selbst, als einer der Beteiligten an dem Projekt, Klage führen. Er gab zu, daß bei der Bauverwaltung Fehler gemacht wurden. Hierzu SPD-Ratsherr Paul Haasch: „Herr

Stadtdirektor, Sie hätten uns informieren müssen, denn die Informationen des RP gehen nicht an die Bauverwaltung, sondern an Sie, den Verwaltungschef.“

Die Ursache der Diskussion ging auf einen Bürgerantrag von Friedrich Halfmann und Joachim Jürgens zurück. Darin wurde ein neues Planfeststellungsverfahren sowie die entsprechende Ablehnung vor dem Verwaltungsgericht und die Stilllegung des Probetriebes gefordert.

CDU-Fraktionschef Josef Surmann und Freidemokrat Peter Gengenbach sahen als Grund der Ursachen für alle Unklarheiten die „skandalöse Informationspolitik“ des Betreibers der modernsten Müllverbrennungs-Anlage Europas, Kommunal-Verband-Ruhr (KVR) an. Bei Enthaltungen und einiger Gegenstimmen, lehnte das Parlament die Bürgeranträge ab.

27 4. 85
WAR

Krankenhäuser karren Risikomüll nach Herten

Zweifel an Kosten – Kassen sollen bezahlen

(ezn) Gefährlicher, oft giftiger Abfall aus 38 Hospitälern soll ab Mitte nächsten Jahres aus dem Kreis RE, dem Kreis Borken sowie den Städten Bottrop und Gelsenkirchen nach Herten geliefert und dort unschädlich gemacht werden. Das sieht der Plan für die Krankenhausmüllbeseitigung im Regierungsbezirk Münster vor, den der Bezirksplanungsrat am Montag verabschiedete. Ort der Beseitigung soll das – inzwischen heftig umstrittene – RZR sein, das laut Plan dann 3000 Tonnen krankenhausspezifischen Mülls im Jahr verbrennt.

Bisher beseitigt jedes Hospital seinen Abfall in eigener Regie. Die dabei entstehenden schweren Umweltprobleme führten zu dem in sieben Jahren entwickelten Konzept für den gesamten Bezirk. Neben dem Hertener RZR sollen die Anlage eines Pharma-Riesen in Bergkamen und ein kleinerer Behandlungsbetrieb in Münster die Überbleibsel aus den 76 Krankenhäusern des Bezirks aufnehmen.

Wenn der Plan im nächsten Jahr in die Tat umgesetzt werde, so Abteilungsleiter Salzmann aus dem Regierungspräsidium, werde der Krankenhausabfall so kostengünstig wie möglich und umweltfreundlich beseitigt. Das ist nötig, denn der Müll aus den Hospitälern birgt erhebliche Gefahren: Gespickt mit Krankheitserregern, hochgradig infektiös und häufig den Bestimmungen des Bundesseu-

chengesetzes unterliegend, braucht dieser Müll eine besondere Behandlung, um unschädlich gemacht zu werden.

Dazu bietet die Hertener Verbrennungsanlage optimale Bedingungen – meint der Regierungspräsident. Außerdem sei über diese Großanlage eine preiswerte Beseitigung möglich. Hertens Bürgermeister Wessel und Castrops Kreistagsabgeordneter Ettrich äußerten im Bezirksplanungsrat allerdings Bedenken in Sachen Preisgestaltung. Der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) als Betreiber des RZR stellt für die Verbrennung jeder Tonne Krankenhausabfall einen Preis von 600 DM in Aussicht.

Ettrich: „So wie die Entwicklung bei RZR und KVR läuft, wird sich dieser Preis nicht halten lassen, schon jetzt hört man Summen bis zu 1200 DM je Ton-

ne“. Wessel: „Die derzeitigen Berechnungen versprechen, daß sich die Abfallbeseitigung gegenüber früher nicht verteuert. Wer aber soll die Mehrkosten tragen, wenn sich die Kalkulation nicht halten läßt und der Preis aus den Fugen gerät?“

Neben der eigentlichen Verbrennung sorgen Einsammeln, Lagerung und der strengen Sicherheitsbestimmungen unterliegende Transport des Risikomülls nach Herten für einen geschätzten Preis von 1325 DM pro Tonne Abfall. Wer diese Kosten trägt (bisher zahlte das Land für das einzelne Krankenhaus), steht für den Regierungspräsidenten bereits fest: Umgelegt auf den Pflegesatz ergibt sich ein Betrag von 27 Pfennig pro Tag und Bett, der den Krankenkassen zugeschoben werden soll. Die allerdings haben bisher ihr Einverständnis verweigert.

zu be-ird er-die ter m-ft-m u-n-a a a n s -g

...Rede zur Friedenspoli-lein Mitspracherecht erhalten“.

Beseitigung im RZR:

27. April 1972 X

Hospital-Müll

(ezn) 38 Krankenhäuser aus dem Ruhrgebiet und dem Kreis Borken sollen ihren Abfall ab Mitte nächsten Jahres im Hertener RZR loswerden. So will es der Plan für die Krankenhausmüllbeseitigung, dem der Bezirksplanungsrat des Regierungspräsidenten am Montag seine Zustimmung gab. Die Hertener Verbrennungsanlage spielt in dem Konzept für den Regierungsbezirk eine zentrale Rolle: Vor einer Beseitigungsanlage in Bergkamen und einem kleineren Betrieb in Münster nimmt Hertener den größten Brocken Krankenhausmüll auf.

Der neue Beseitigungsplan wurde nötig, nachdem schärfere Umweltschutzbestimmung die alten, krankenhauseigenen Abfallverbrennungsanlagen als völlig unzureichend erscheinen ließen. Nach Ansicht der Bezirksregierung garantiert das jetzt beschlossene Konzept eine kostengünstige Beseitigung des oft infektiösen und den Bestimmungen des Seuchengesetzes unterliegenden Abfalls aus den Krankenhäusern. (Siehe dazu Bericht auf der Kreisseite).

be
SP
Zi

Bisher auf 455 000 t im Jahr konzipiert

Rohstoff-Rückgewinnungszentrum muß bis 1990 erweitert werden

Das Rohstoff-Rückgewinnungszentrum im Hertener Süden muß erweitert werden. Das erklärte gestern vor der Presse Dr. Wolf-Dieter Sondermann von der Abfallbeseitigungs-Gesellschaft Ruhrgebiet. „Die Schließung der 'Zentralen Mülldeponie Emscherbruch' erfolgt 1990. Die Anlagenerweiterung steht also hier bevor. Es muß eine Menge und schnell nachgedacht werden. Spätestens bis nächstes Jahr muß das Planungskonzept stehen.“

Die jetzige Anlage ist auf 55 000 Jahrestonnen konzipiert und durch Planfeststellungsverfahren genehmigt. Für einen „Anbau“ müßte ein neues Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden. Wie die waz berichtet, war das RZR ursprünglich

auf eine Kapazität von 900 000 Jahrestonnen programmiert. „Von einer Erweiterung haben wir noch nichts gehört“, konstatierte Baudezernent Horst Günther, der allerdings einräumte, daß „ursprünglich einmal von 850 bis 900 000 t die Rede war. Wir haben jedoch nie wieder etwas davon gehört.“

In den ersten vier Monaten konnte das RZR im Durchschnitt 73 v.H. der kommunalen Abfälle von Hertens, Dorsten und Recklinghausen „abnehmen“. Zusätzlich wurden Sperrmüllmengen aus anderen Städten an Stelle auf die Zentraldeponie Emscherbruch zum RZR gebracht. Seit zwei Wochen befindet sich die Verbrennungsanlage für Sperr- und Hausmüll mit ei-

ner Durchsatzkapazität von 95 000 Jahrestonnen im Probebetrieb. Der Bereich Industrie- und Krankenhausmüll (27 000 bzw. 3000 t pro Jahr) wird seinen Probebetrieb noch in diesem Monat aufnehmen. Hier waren - wie berichtet - Verzögerungen durch Betriebsschäden eingetreten. Der Probebetrieb wird drei Monate dauern. Um unter Vollast die Funktionstüchtigkeit der gemeinsamen Aggregate insbesondere der Turbinen zu prüfen, sollen vier Wochen lang alle Bereiche vier Wochen lang parallel laufen. Ende des Jahres ist der Probebetrieb abgeschlossen.

Von Seiten des RZR wurde versichert, daß alle Emissionen automatisch und exakt gemessen werden. „Von Umweltver-

schmutzung wie man sie uns mitunter nachsagt, kann keine Rede sein“. Ende 1983 soll die Produktion von Eco-Briketts anlaufen, ein Brennstoff, der wie berichtet, aus dem Müll gefertigt wird. Bis 1986 will man auf 120 000 t im Jahr kommen. Bisher hat man trotz aller Anstrengung jedoch noch keinen Abnehmer gefunden. Dr. Sondermann: „Die Gespräche für einen Vertragsabschluß werden fortgesetzt.“ Dieser Verkauf ist besonders wichtig, da durch ihn Einfluß auf die Betriebskosten erfolgt. - Die waz berichtet in der morgigen Ausgabe noch im Detail über das RZR. Weitere Berichte über das Rohstoff-Rückgewinnungszentrum sind im überregionalen Teil dieser Ausgabe und auf der RE-Kreisseite zu lesen.



DR. SONDERMANN: „Eine Müllpreiserhöhung ist unumgänglich.“ waz-Bild: Michael Ende

sch langem Hickback um Zechenlüfter der Schachtanlage G...
 ...

Antwort auf Steger-Schreiben

23.1.82

„Bei unangenehmen Fragen treten Politiker Flucht nach vorn an“



Durch Ankündigung, RZR-Änderungen untersuchen zu lassen; „halbwegs versöhnt“

HERTEN. Hans-Heinrich Holland von der Bürgerinitiative „Halde“ nimmt in dem folgenden Schreiben Stellung zu der am 29. Dezember 1981 veröffentlichten Antwort des MdB Dr. Ulrich Steger.

„Sehr geehrter Herr Dr. Steger, der Umgang mit Politikern beschert Bürgerinitiativlern mit der Zeit ein Gefühl für brisante Themen. Erkennbar sind solche brisanten Themen an der Reaktion der Politiker. Wenn man zum Beispiel Politikern mit unangenehmen Fragen oder gar Feststellungen zu nahe kommt, dann treten sie in der Regel die Flucht nach vorn an.

Ihre Reaktion ist für solche Verhaltensweise geradezu typisch. Mein Brief vom 20. November 81 hatte eigentlich so viel Stoff geboten, der lohnenswert gewesen wäre, zu diskutieren. Die Hertener Bürger und mich hätte es schon interessiert, was

Sie zu den Kritikpunkten bezüglich des RZR zu sagen haben. Auch interessiert uns Ihre Einstellung zu unseren Sorgen bezüglich unserer Gesundheit.

Sie können sich vielleicht meine Enttäuschung vorstellen, als ich die ersten Zeilen Ihres Briefes las, die den Vorwurf beinhalteten, daß Sie Ihren Brief zuerst in der Zeitung gelesen haben und dann erst das Original in die Hand bekommen hätten. Nicht die Tatsache, daß der Vorwurf unberechtigt ist, denn der Brief war bei der Presse mit einem Sperrvermerk bis zum 24. November 81 versehen (und an den sich die Presse auch hielt), schafft die Enttäu-

schung, sondern die Art und Weise, wie Sie sich an den Problemen der Bürger vorbeidrücken wollen. Sie sind nicht der erste Politiker, der so reagiert, wie wir inzwischen feststellen mußten.

Halbwegs versöhnt hat mich allerdings Ihre Ankündigung, die verschleierte Konzeptionsänderung des RZR untersuchen zu lassen. Um Ihnen die Nachforschungen zu erleichtern, sende ich Ihnen ein Protokoll der Bürgerinitiative mit, das von einem Gespräch mit Vertretern des KVR angefertigt wurde.

In der Hoffnung, daß ähnliche nicht so angenehme Dispute nicht mehr ausgetragen zu werden brauchen und das Gegeneinanderarbeiten mehr einem Zusammenarbeiten weicht, verbleibe ich mit den besten Wünschen zum neuen Jahr und freundlichen Grüßen.“

RZR-Diskussion geht weiter: Verwaltung soll gegen RP klagen

Neues Planfeststellungsverfahren gefordert

HERTEN. Bereits inn den nächsten Tagen soll das Rohstoffrückgewinnungszentrum Ruhr (RZR) seinen Betrieb aufnehmen. Die seit langem umstrittenen Fragen zu seiner Konzeption und notwendigen Nachgenehmigungs-Verfahren werden indes den Rat auch weiterhin beschäftigen. Gleich zwei Bürgeranträge liegen dem Stadtparlament für seine Sitzung am 27. Januar vor. Beide fordern - notfalls per Klage - ein neues Planfeststellungsverfahren für das RZR.

Joachim Jürgens und Friedrich Halfmann - beide auch in der Süder Bürgerinitiative „Halde“ aktiv - sind die Antragsteller. Während Halfmann dem Rat zunächst nahelegt, den Münsteraner Regierungspräsidenten zu einem neuen Verfahren aufzufordern und den Rechtsweg nur beschreiten will, wenn die Hertener Kommunalpolitiker dem nicht zustimmen, kommt Jürgens gleich zu dem Beschlußvorschlag: „Die Verwaltung wird beauftragt, im Klageverfahren gegen den RP Münster beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen ein förmliches Planfeststellungsverfahren für das wesentlich geänderte RZR Hertens durchzusetzen“.

Jürgens ergänzt diese Forderung um weitere Verfahrens-Appelle. Nach seinen Worten müßte nun auch die Verwaltung per einstweiliger Gerichtsordnung versuchen, die Inbetriebnahme des Zentrums bis zur neuen Planfeststellung zu untersagen. Weiterhin fordert Jürgens die hiesige Verwaltung auf, sich mit genauen Informationen an den Landesminister für Forschung und Technologie zu wenden. Der näm-

lich soll überprüfen, „ob der Kommunalverband Ruhr durch verschleierte Konzeptionsänderungen ... Steuergelder mißbräuchlich benutzt hat“.

„Rechtsunsicherheit“ ist einer der Kernbegriffe im Antrag Friedrich Halfmanns. Er bezieht sich auf den RZR-Erörterungstermin des Hertener Juristen Lothar Lend vor dem Gelsenkirchener Verwaltungsgericht (wir berichteten). Die Andeutung der Verwaltungsrichter, die vom Regierungspräsidenten angestrebten „vereinfachten Verfahren“ zur Genehmigung der vorgesehenen Änderungen seien rechtlich anfechtbar, schafft nach Halfmanns Auffassung „ein Klagerecht gegen das RZR, das an keine Fristen gebunden ist“. Diese Situation kann nach Meinung des Antragstellers ebenfalls nur durch ein völlig neues Verfahren beseitigt werden. Weiterhin erwartet Halfmann im Zuge eines solchen Verfahrens bessere Informationen zum Betrieb des RZR. Sie nämlich beschreibt er zur Zeit als „lückenhaft, unvollständig und widersprüchlich“.

Kreistagsabgeordnete: Auf den Kommunalverband verzichten

Bei Müll und RZR: Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff . . .

Heftige Kritik an Planung, Technik und Unternehmenskonzeption

KREIS. Nach einer Sitzung des Ältestenrats des Kreistages zum Thema Müll und Rohstoffrückgewinnungszentrum Ruhr (RZR) in Herten am Dienstagabend hatten sich gestern bei der Gratulation zum 49. Geburtstag von Landrat Marmulla die Gemüter noch immer nicht beruhigt. Die Fraktionsspitzen von SPD, CDU und FDP werfen dem Kommunalverband Ruhrgebiet beim RZR verfehltes Management und technisches Unvermögen vor. Ein SPD-Kreistagsabgeordneter: „Wenn das so weitergeht, kann der Kreis auf den Kommunalverband verzichten.“

Ursprünglich hatte sich der Ältesterrat (bestehend aus Landrat, Fraktionsspitzen und jeweils eingeladenen sachverständigen Kreistagsabgeordneten) auch noch mit der Frage Flugplatz Loemühle beschäftigen wollen. Dazu kam es gar nicht: Über drei Stunden stand die Müllentsorgung mit Vertretern des RZR zur Debatte, danach wurde die Diskussion abgebrochen.

FDP-Fraktionsvorsitzender Jo-Anzeige

chen Kaufner sprach gestern aus, was wohl die Mehrheit im Kreistag denkt: „Wir Politiker sind es leid, in regelmäßigen Abständen dafür Hiebe einstecken zu müssen, daß die Technik beim RZR nicht beherrscht wird. Ab 1. Januar sollten Herten, Recklinghausen und Dorsten entsorgt werden. Tatsächlich wird ein Viertel des Mülls verarbeitet, der Rest geht weiter auf die Zentraldeponie Emscherbruch. Es hat stets an klaren Aussagen seitens des Kommunalverbandes gefehlt und ich frage mich, ob uns jetzt klarer Wein eingeschenkt worden ist.“ Wie zu erfahren war, hat Landrat Marmulla vom Direktor des Kommunalverbandes, Dr. Gramke, klare Aussagen über die Zukunftsaussichten beim RZR verlangt. Der Landrat ziehe ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vor, hieß es.

Nach Meinung einiger Kreispolitiker ist das technisch hochkompli-

zierte Rohstoffrückgewinnungszentrum für den Kommunalverband einfach eine Nummer zu groß. Dem KVR fehle für ein solches Projekt die planerische, technische und unternehmenspolitische Kompetenz. Als wenig hilfreich wird in diesem Zusammenhang der Brief von Landwirtschaftsminister Bäumer an den SPD-Landtagsabgeordneten Heinz Netta (Oer-Erkenschwick) angesehen, in dem der Minister den Kreis tadelt, weil er sich bei der Müllentsorgung zu sehr an den KVR gebunden habe.

Es wäre schön gewesen, wenn der Minister dem Kreis Recklinghausen als Alternative zum Beispiel eine Müllkippe im Münsterland in Aussicht gestellt hätte. Der SPD-Kreistagsabgeordnete Hans Ettrich aus Castrop-Rauxel: „Bäumers Mentalität mag für den Umgang mit Linksaußen-Typen wie Hansen richtig sein, aber bei komplizierter Technik ist sie unangebracht.“ Für das RZR sieht Ettrich übrigens schwarz: „Voll funktionsfähig in allen Teilen ist der Bau in Herten im Jahre 1990 noch nicht.“

Ru

Meisterschaft

Kreis. Die 3. offene Kreisjugendmeisterschaft Kanu findet statt am

Wieviel % bekommen Sie?

6% auf Ihr Privat-Girokonto

NKK BANK ... die freundliche Bank

Recklinghausen, Steinstr. 1, Tel. (02361) 26081
Bochum, Kortumstr. 26, Tel. (0234) 15081
Dortmund, Bröderweg 22, Tel. (0231) 524217